Förderkonzept Elektroautos

Meine Projektarbeit „Das Förderkonzept Elektroautos“ habe ich in der Q1 im Projektkurs „Europa“ verfasst. Das Ziel der Arbeit ist es, herauszufinden, mit welchen Konzepten die Europäische Union, die Bundesregierung und die Stadt Dormagen die Etablierung von Elektroautos fördern möchten. Dennoch liegt es später bei den Bürgerinnen und Bürgern und deren Wirtschafts- bzw. Entscheidungsverhalten, ob diese von der Politik entwickelten Konzepte wirklich wirksam sind und zu einer tatsächlichen Ausweitung der Zahl der Elektroautos führen. Deshalb ist ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit die empirische Untersuchung, ob die zur Förderung von Elektroautos getroffenen Maßnahmen von den Dormagener Bürgerinnen und Bürgern für notwendig, ausreichend und zielfördernd gehalten werden.

Im ersten Teil meiner Projektarbeit habe ich größtenteils Richtlinien, Verordnungen, Gesetze und Mitteilungen der Europäischen Union und der Bundesregierung ausgewertet. Informationen zu den Konzepten der Stadt Dormagen habe ich hauptsächlich aus Broschüren und Zeitschriften bzw. Zeitungsartikeln entnommen. Im zweiten Teil der Projektarbeit habe ich einen Fragebogen erstellt, mit dem ich die Einstellungen der Dormagener Bürgerinnen und Bürger zu den Förderkonzepten für Elektroautos empirisch untersucht und ausgewertet habe.

Einige exemplarische Maßnahmen der Politik sind der Ausbau der Ladeinfrastruktur, besonders solcher von Schnellladestationen, die breitflächig in ganz Deutschland installiert werden sollen. Auch die Ladevorgänge selbst sollen durch einheitliche Steckerstandards vereinfacht und die Zahlungsprozesse optimiert werden. Ein erhöhter Umweltbonus seit Februar 2020 sowie die Befreiung von der Kfz-Steuer für die ersten zehn Jahre nach der Erstzulassung des Elektroautos sollen die Kosten der Fahrzeuge senken und somit zum Konsum anregen. Zudem sollen Elektroautos auf Sonderspuren fahren und Sonderparkplätze nutzen dürfen.

Die Stadt Dormagen entwickelt neben der Expansion ihrer Ladeinfrastruktur ein Mobilitätskonzept, bei dem zuerst für Mitarbeiter der Stadt und später auch für die Bürgerinnen und Bürger Dormagens ein Carsharing-Angebot zur Verfügung gestellt werden soll. Dabei wird die Stadt mit Fördergeldern von der Europäischen Union unterstützt und schließt sich mit anderen Kommunen und Gemeinden aus NRW zu einem Netzwerk nachhaltiger Mobilität zusammen.

In meiner empirischen Untersuchung beurteilen 65 Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dormagen stellvertretend die Wirksamkeit der Maßnahmen aus Sicht der Konsumenten.

Die Befragten halten die Maßnahmen der Politik zur Förderung der Elektromobilität insgesamt für wichtig und notwendig. Als Gründe nennen sie vor allem den Schutz der Umwelt, den Rückgang der Abhängigkeit von Öl sowie den weiteren Fortschritt der Innovation in Deutschland. Die Teilnehmer der Umfrage halten die bisherigen Maßnahmen für zu wenig umfangreich und wünschen sich vor allem die Reduktion der Kosten von Elektroautos sowie den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Weniger zielführend seien Maßnahmen wie die Eröffnung von Sonderspuren oder von speziellen Parkplätzen für Elektroautos, diese regen laut den Befragten den Konsum nicht ausschlaggebend an.

Darüber hinaus hat die Umfrage ergeben, dass die Politik mehr Informationsarbeit leisten sollte. Oben genannte Maßnahmen zur Senkung der Kosten sind einigen Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik nicht bekannt. Speziell auf Dormagen bezogen sollte die Stadt auch intensiver über die Standorte ihrer schon installierten Ladestationen Auskunft geben. Das Mobilitätskonzept des Carsharings stößt unter den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt auf zurückhaltende Begeisterung. Die Befragten sehen in dem Konzept durchaus Chancen für Dormagen, umweltschonende Mobilität zu verbreiten. Dennoch muss weiterhin

Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit das gänzlich neue Konzept in Dormagen ins Rollen kommt.

Schließlich sollten Politik und Industrie ihre Zusammenarbeit weiter ausdehnen, damit das Konzept der Förderung von Elektroautos maximal effizient, wirksam und zielfördernd ist. Nicht nur die Europäische Union und die Bundesregierung, sondern vor allem die Automobilhersteller werden als Hauptverantwortliche, um Elektroautos breitflächig zu etablieren, eingestuft. Die beiden Parteien stehen offenbar in engem Zusammenhang und in gegenseitiger Abhängigkeit, sodass sie ohne einander auch mit dem scheinbar besten Förderkonzept nichts bewirken können.